



**Kurz**informationen aus ver.di-NRW  
Zusammengestellt von der Abteilung **K**ommunikation

---

Nr. 196 – 18. Januar 2006

**Inhalt:**

FB 3: Alfried-Krupp-Krankenhaus Essen – „Unchristliche Übernahme“	2
FB 3: Ärzteproteste: ver.di kritisiert „Gutsherrenmentalität“	3
FB 8: Tarifabschluss für Beschäftigte an Musicaltheatern	3
FB 8: ver.di fordert Springer-Vorstand zum „geordneten Rückzug“ auf	4
FB 9: ver.di gegen Kahlschlag bei IBM-Betriebsrenten	4
FB 11: ver.di ist „hoch zufrieden“ mit der Ablehnung von Port Package II	5
FB 12: Tarifkonflikt Einzelhandel NRW: Auch vierte Tarifverhandlungsrunde...	5
FB 12: Manteltarifverhandlungen Groß- und Außenhandel NRW vertagt	6
FB 13: Kürzungen bei den Freizeitzentren und Revierparks – RVR hüllt sich...	6
FB 13: Mehr Geld bei START Zeitarbeit NRW	7
ver.di Lohnsteuerservice NRW erfolgreich	7
Bezirk Duisburg-Niederrhein: Duisburger Firma beendet Streikbrecherarbeiten...	7
Bezirk NRW Süd: Klinikum Siegburg: Beschäftigten-Demo für Tarifvertrag	8
Vorschulerziehung beste Zukunftsinvestition	8
DGB NRW kritisiert Kürzung der Weiterbildungsmittel – Bildungsschecks kein...	9
Erste Kita mit flexiblen Betreuungszeiten startet in Gelsenkirchen	9
IAT warnt vor Kombilohn-Modellen: Schon jetzt arbeiten 20 Prozent im ...	10

## Fachbereich 3 – Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen

### **Alfried-Krupp-Krankenhauses Essen - „Unchristliche Übernahme“ ver.di erhebt schwere Vorwürfe gegen Diakonie**

Als „unchristlich und gegen die Beschäftigten gerichtet“ hat die ver.di-Fachbereichsleiterin Gesundheit und Kirchen in NRW, Sylvia Bühler, die Übernahme des Alfried-Krupp-Krankenhauses in Essen durch das Diakonische Werk Rheinland (Sitz Düsseldorf) bezeichnet.

Nachdem sich die Geschäftsleitung Zutritt zu den Betriebsratsräumen verschafft hat, in denen vertrauliche Akten lagern, „ist das Maß voll“, erklärte Bühler. Sie sei entsetzt, dass unter dem Deckmantel der Diakonie Rheinland „Brutalo-Kapitalismus“ zweier Geschäftsführer möglich gemacht werde. ver.di prüft zurzeit, ob sich der Arbeitgeber nach §119 Betriebsverfassungsgesetz (Behinderung der Betriebsratsarbeit ) strafbar gemacht hat. Den gewählten Betriebsräten teilte die Geschäftsführung mit, sie werde „Zusammenkünfte von ehemaligen Betriebsratsmitgliedern nicht dulden“ und drohte mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen.

Am 3. Januar wurden die 1.250 Beschäftigten „nachträglich und überfallartig“ davon unterrichtet, dass sie seit dem 1. Januar nicht mehr zum Paritätischen Wohlfahrtsverband, sondern zur Diakonie gehören. Die Geschäftsführer erklärten den ungläubig staunenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihr Betriebsrat sei durch die Übernahme nicht mehr im Amt. Künftig gebe es nur noch eine „Mitarbeitervertretung“. In diese könnten nur noch Menschen gewählt werden, die einer christlichen Kirche angehören. Und das Diakonische Werk legte noch „christlich“ nach: Niemand dürfe aus der Kirche austreten, denn dies sei ein Kündigungsgrund. Sylvia Bühler: „Solch einen Religionszwang machen wir nicht mit. Die Beschäftigten haben gültige Arbeitsverträge, die ihre Glaubensfreiheit nicht einschränken.“

Dass es den Geschäftsführern Dr. Rudolf Hartwig und Dr. Peter Haun nur um die Aushöhlung des Tarifrechtes, der Mitbestimmung und der Arbeitsgerichtsbarkeit geht, belegt nach ver.di-Angaben die Aussage der Geschäftsführung, man habe hinter den Kulissen seit August sowohl mit der katholischen Caritas als auch der evangelischen Diakonie verhandelt. Und auch bei der Diakonie ist von Glaubensbekenntnissen bei der Übernahme des weltlichen Krankenhauses, das auch viele Schönheitsoperationen durchführt, keine Rede. Das Alfried-Krupp-Krankenhaus sei eine gute Ergänzung des Leistungsspektrums der Diakonie, hieß es fernab aller „Verkündigungsaufträge“.

Informationen: [sylvia.buehler@verdi.de](mailto:sylvia.buehler@verdi.de)

## **Ärzteproteste: ver.di kritisiert „Gutsherrenmentalität“**

In scharfer Form hat ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke jene Ärzte kritisiert, die sich den heute stattfindenden Protesttag von ihren Helferinnen finanzieren lassen. Sie selbst demonstrierten für höhere Einkommen, während ihre Angestellten, die nur einen Bruchteil des Arzteinkommens erhielten, die Protestzeit unentgeltlich nacharbeiten sollten. „Das verstößt gegen alle guten Sitten und offenbart eine regelrechte Gutsherrenmentalität“, sagte Paschke. Mitglieder, die von solchen Maßnahmen betroffen seien, sollten sich sofort an die Gewerkschaft wenden, die den Fällen nachgehen werde.

Unter Hinweis auf die Praxisschließungen wies Paschke auch die Forderung von Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe zurück, die Bürger sollten mehr für die Gesundheit zahlen. „Wir haben in Deutschland ein funktionierendes Gesundheitswesen. Und wir geben auch viel Geld dafür aus – nur nicht immer an der richtigen Stelle“, sagte die ver.di-Gesundheitsexpertin. So sei im Jahr 2005 erstmals mehr Geld für Medikamente bezahlt worden als für ärztliche Behandlung. Kritisch sei auch, dass ein Wettbewerb um Qualität noch immer von den Standesorganisationen verhindert werde. Paschke rief die Ärzteverbände auf, sich für bessere Behandlung der Patientinnen und Patienten und für mehr Zusammenarbeit im Gesundheitswesen einzusetzen. Damit ließe sich die Versorgung deutlich verbessern und häufig auch wirtschaftlicher durchführen.

In der Gesundheitswirtschaft arbeiten bundesweit rund 4,2 Millionen Menschen. Der Anteil der berufstätigen Ärzte beträgt rund 300.000 – ein Viertel mehr als noch vor zehn Jahren. Die Pflegeberufe stellen mit etwa einer Million Beschäftigten die größte Berufsgruppe, an zweiter Stelle folgen die Arzthelferinnen mit mehr als 500.000 Beschäftigten.

## **Fachbereich 8 - Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, Industrielle Dienste und Produktion**

### **Tarifabschluss für Beschäftigte an Musicaltheatern**

Nach mehr als sechs Monate dauernden Tarifverhandlungen hat ver.di einen Tarifabschluss für die Beschäftigten der deutschen Musicaltheater erzielt. Damit treten rückwirkend zum 1. Januar 2006 die von der deutschen Tochter des weltweit agierenden Entertainment-Konzerns „Stage Entertainment“ gekündigten Tarifverträge wieder in Kraft. Der neue Tarifvertrag sieht darüber hinaus eine Harmonisierung der Beschäftigungsbedingungen an allen Musicaltheatern auf dem bislang höchsten Niveau der Stuttgarter Musicaltheater vor und gilt auch für die Beschäftigten des bisher nicht tarifgebundenen Colosseums in Essen und der Produktionsgesellschaft des Theaters des Westens in Berlin. Wieder in Kraft sind damit auch spezielle Kündigungsschutzregelungen sowie ein besonderer Schutz befristeter Beschäftigter.

Zum 1. Juli 2006 bekommen die Beschäftigten 1,5 Prozent mehr Geld, zum 1. Juli 2007 zwei Prozent und zum 1. Juli 2008 2,5 Prozent. Für Sänger, Tänzer, Schauspieler erfolgen analoge Erhöhungen, allerdings für 2006 sogar in Höhe von zwei Prozent. Für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 30. Juni 2007 wurden

ein generelles Ausgliederungsverbot und der Ausschluss jeglicher betriebsbedingter Beendigungen vereinbart.

Erstmalig gilt ein vorrangiges Wiedereinstellungsrecht für ver.di-Mitglieder für zwei Jahre, mindestens aber bis zum nächsten Produktionswechsel. Der tariflich garantierte Abfindungsanspruch für ältere Beschäftigte wurde verdoppelt. Für den Zeitraum, in dem der Produktionswechsel stattfindet, werden zukünftig neben dem normalen tariflichen Überstundenzuschlag von 25 Prozent zusätzliche Zuschläge ab der 41. Stunde gezahlt, die abhängig von der Höhe der wöchentlichen Arbeitszeit 25 bis 60 Prozent betragen. Zukünftig verlängert sich der tarifliche Urlaubsanspruch um je einen Tag für jeden sechsten Arbeitstag in der Woche. Informationen: [wolfgang.paul@verdi.de](mailto:wolfgang.paul@verdi.de)

### **ver.di fordert Springer-Vorstand zum „geordneten Rückzug“ auf**

ver.di fordert den Axel-Springer-Vorstand auf, das Fusionsvorhaben Axel-Springer/ProSiebenSat.1 vollständig zu stoppen. Nachdem die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) die Fusion nicht genehmigt habe, solle Springer auch von Teillösungen Abstand nehmen, forderte ver.di-Vize Frank Werneke: „Ein geordneter Rückzug Springers wäre jetzt für alle Beteiligten das Beste.“

KEK und Kartellamt hätten durch ihre Haltung eine positive Rolle bei der Begrenzung von Meinungs- und Marktmacht gespielt. Die Vorschläge der KEK, Vielfalt und Qualität auch im Privatfunk über die Einrichtung von Senderbeiräten zu sichern, böten auch über den aktuellen Fall hinaus Ansätze zur Fortentwicklung des Privatfunks. Die Direktoren der Landesmedienanstalten forderte Werneke auf, dem Beschluss der KEK zuzustimmen.

Für den Fall, dass der Springer-Verlag einen Antrag auf Ministererlaubnis stelle, wies Werneke auf den entsprechenden rechtlichen Rahmen hin. Weder gäbe es gesamtwirtschaftliche Gründe, noch läge die Fusion im allgemeinen öffentlichen Interesse. „Der Wettbewerb in der Medienwirtschaft ist längst internationalisiert. Statt Abwendung anderer Investoren gilt es Qualitätsziele auch im Privatfunk zu setzen“, sagte Werneke.

## **Fachbereich 9 – Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung**

### **ver.di gegen Kahlschlag bei IBM-Betriebsrenten**

Die Pläne der IBM-Geschäftsführung, nach entsprechenden Ankündigungen in den USA auch in Deutschland die künftigen Betriebsrentenansprüche der Beschäftigten kräftig zu kürzen, werden von ver.di strikt abgelehnt.

„Weder die wirtschaftliche Situation der IBM-Corporation noch von IBM in Deutschland machen eine massive Kürzung notwendig. Es gibt darüber hinaus für

die IBM-Beschäftigten in Deutschland stabile Finanzrücklagen zur Absicherung der Betriebsrenten“, sagte Rolf Schmidt, ver.di-Konzernbetreuer für IBM in Deutschland.

Am vergangenen Mittwoch war der Konzernbetriebsratsausschuss der IBM über die Pläne informiert worden, die künftigen Betriebsrentenansprüche für die Mehrzahl der Beschäftigten kürzen zu wollen. Der Konzernbetriebsrat kündigte an, die Forderungen der IBM-Geschäftsführung einer umfassenden wirtschaftlichen und rechtlichen Prüfung zu unterziehen und danach weitere Schritte zu beraten. „Die gesetzlichen Grundlagen für Betriebsrenten und die dazu ergangene Rechtsprechung bieten einen sehr starken Schutz gegen die geplanten Veränderungen“, sagte Schmidt in einer ersten Bewertung. ver.di werde die Pläne der IBM-Geschäftsführung in der nächsten Aufsichtsratssitzung zur Sprache bringen.

## **Fachbereich 11 – Verkehr**

### **ver.di ist „hoch zufrieden“ mit der Ablehnung von Port Package II**

„Hoch zufrieden“ zeigte sich Jan Kahmann vom ver.di-Bundesvorstand mit der Entscheidung des Europäischen Parlaments, die „Richtlinie über den Marktzugang für Hafendienstleistungen“, das so genannte Port Package II, mit 532 Stimmen und damit einer überwältigenden Mehrheit abzulehnen.

„Diese Entscheidung stellt ein positives Signal für hochwertige und qualifizierte Arbeitsplätze in Europas Häfen und für die Weiterentwicklung leistungsfähiger Seehäfen dar“, unterstrich Kahmann. Die Ablehnung von Port Package II stärke den maritimen und logistischen Standort Deutschland.

Kahmann warnte zugleich vor einer Neuauflage der Richtlinie seitens der Kommission: „Diese politische Initiative der Kommission war ein gutes Beispiel dafür, dass dieses Entscheidungsgremium doch bedenklich weit von der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger entfernt ist. Insofern ist die Straßburger Entscheidung auch ein Signal an die Kommission, sich wieder mehr den Menschen Europas zuzuwenden, statt sich ungebremste Liberalisierung auf die Fahne zu schreiben.“

## **Fachbereich 12 – Handel**

### **Tarifkonflikt Einzelhandel NRW:**

#### **Auch vierte Tarifverhandlungsrunde ohne Einigung**

Die Tarifverhandlungen für die 410.000 Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Einzelhandels sind am 16. Januar ohne Einigung auf den 10. Februar vertagt worden.

Trotz der grundsätzlichen Übereinstimmung der Tarifvertragsparteien in Nordrhein-Westfalen, den Berliner Abschluss „1 zu 1“ zu übernehmen, konnte wegen einer

speziellen Regelung zu der Sonderzahlung (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) in NRW noch kein Tarifabschluss erzielt werden.

Die Arbeitgeber streben hier eine vom Berliner Abschluss abweichende Regelung an. ver.di will dagegen auch bei den Sonderzahlungen den Abschluss aus Berlin.

ver.di-Verhandlungsführerin Lieselotte Hinz: „Es kann nicht sein, dass hier die NRW-Beschäftigten schlechter gestellt werden. Eine „Rosinenpickerei“ durch die Arbeitgeber in einem so zentralen Punkt lehnen wir ab.“

### **Manteltarifverhandlungen Groß- und Außenhandel NRW vertagt**

Die Manteltarifverhandlungen für die 260.000 Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Groß- und Außenhandels sind am 12. Januar 2006 ohne Einigung auf den 10. Februar in Düsseldorf vertagt worden. Hauptstreitpunkte bleiben Arbeitszeitverlängerung und -flexibilisierung, Zuschläge sowie tarifliche Öffnungsklauseln.

Zum Verlauf der ersten Tarifverhandlung erklärte ver.di-Verhandlungsführer Günter Domke: „In der nächsten Verhandlung wird sich zeigen, ob ein Abschluss am Verhandlungstisch möglich ist. Nach neun Gesprächsrunden und einem Manteltarifvertrag, der vor einem Jahr gekündigt wurde, müssen jetzt Ergebnisse her.“

Informationen: [guenter.domke@verdi.de](mailto:guenter.domke@verdi.de)

## **Fachbereich 13 – Besondere Dienstleistungen**

### **Kürzungen bei den Freizeitzentren und Revierparks RVR hüllt sich in Schweigen**

Die 750 Beschäftigten der Revierparks und Freizeitzentren im Ruhrgebiet werden seit geraumer Zeit über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze im Unklaren gelassen. Nachdem der Regionalverband Ruhr (RVR) als Träger der Einrichtungen in diesem Jahr eine zehnpromtente Kürzung der Zuschüsse angekündigt hat, hüllen sich die Verantwortlichen in Schweigen. Beschäftigte, Betriebsräte und ver.di haben bis heute keine Informationen darüber, wie und worauf sich die Kürzungen auswirken sollen.

Der Vorstandsvorsitzende des Regionalverbandes, Dortmunds Oberbürgermeister Langemeyer, ließ eine Bitte um Aufklärung der Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der Revierparks und Freizeitzentren seit September letzten Jahres unbeantwortet. Auch auf konkret angebotene Gesprächstermine reagierte Langemeyer bisher nicht.

Durch die beabsichtigte Kürzung fallen die Haushaltsmittel der Freizeiteinrichtungen auf den Stand von vor zehn Jahren zurück. Insbesondere die Energiekosten sind in diesen Jahren aber beträchtlich gestiegen. Die Einrichtung der Revierparks und Freizeitzentren erfolgte vor Jahren unter dem Gesichtspunkt ,den Menschen im Ruhrgebiet eine preiswerte und interessante Freizeitmöglichkeit in Wohn- und Arbeitsnähe zu bieten.

Informationen: [ralf.huebsch@verdi.de](mailto:ralf.huebsch@verdi.de)

## **Mehr Geld bei START Zeitarbeit NRW**

Seit dem 1. Januar 2006 gilt für "Stammbeschäftigte" von START Zeitarbeit NRW ein neuer Gehaltstarifvertrag. Für eine Laufzeit von 12 Monaten erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Erhöhung von insgesamt 4,2 Prozent. Davon werden 2 Prozent tabellenwirksam berechnet und 2,2 Prozent erhalten alle Beschäftigten als Einmalbetrag auf ihr individuelles Monatsgehalt.

Auszahlungszeitpunkt dafür ist der Januar 2006.

Informationen: [angelika.hecker@verdi.de](mailto:angelika.hecker@verdi.de)

## **Abteilungen**

### **Organisationspolitik/Mitgliederentwicklung**

#### **ver.di Lohnsteuerservice NRW erfolgreich**

Als erfolgreiche Mitgliederleistung mit hohem Stellenwert bezeichnete ver.di ihren Lohnsteuerservice für Mitglieder in Nordrhein-Westfalen. Wie die stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin, Monika Schwarz, mitteilte, seien im Berichtszeitraum von September 2004 bis Ende August 2005 mehr als 11.000 Beratungen für ver.di-Mitglieder in NRW durchgeführt worden. Dabei hätten die rund 430 ehrenamtlichen Beraterinnen und Berater der Gewerkschaft eine Erstattungssumme von insgesamt mehr als 5 Millionen Euro erzielt. „Das Ergebnis ist ein überzeugender Nachweis für die Qualität der ver.di-Lohnsteuerberatung und belegt die nach wie vor große Bedeutung dieser Serviceleistung in der Mitgliedschaft“.

## **Bezirk**

### **Duisburg-Niederrhein**

#### **Duisburger Firma beendet Streikbrecherarbeiten bei Gate-Gourmet**

Bereits im November 2005 hatte ver.di die Duisburger Firma G + A (Goldberg und Avci) aufgefordert, den Einsatz von Streikbrecherarbeiten am Düsseldorfer Flughafen unverzüglich zu beenden. G + A hatte die Streikbrecherarbeiten zwar bestritten, gleichzeitig jedoch in einem Schreiben an ver.di bestätigt, dass im Zusammenhang mit dem Streik mehr Mitarbeiter bei der bestreikten Firma beschäftigt wurden als vor dem Streik.

Nachdem ver.di unlängst eine Demonstration vor dem Haus der Firma G + A angekündigt hatte, kam es jetzt kurzfristig zu Gesprächen zwischen der Gewerkschaft und der Firma G + A. Dabei erklärte G + A, dass sie seit dem 22. Dezember 2005 keine zusätzlichen Arbeitskräfte im bestreikten Betrieb mehr einsetzt und seit diesem Zeitpunkt lediglich Tätigkeiten im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen mit der Firma Gate-Gourmet ausführt. Ebenso wurde zugesichert, dass die Firma G + A auch keine Überstunden im Tätigkeitsfeld der Gate-Gourmet mehr ausübt.

ver.di Duisburg und die zuständige Gewerkschaft NGG in Düsseldorf begrüßten den Schritt der Firma G + A ausdrücklich, bezeichneten es aber als "unerträglich", dass die Streikbrechertätigkeiten nun durch die überwiegend von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Firma Tertia sowie durch die Düsseldorfer Firma GMA ausgeführt würden.

Informationen: [thomas.keuer@verdi.de](mailto:thomas.keuer@verdi.de)

## NRW-Süd

### **Klinikum Siegburg: Beschäftigten-Demo für Tarifvertrag**

Am kommenden Samstag, 21. Januar, wollen die Beschäftigten der Klinikum Siegburg-Rhein-Sieg GmbH für bessere Arbeitsbedingungen demonstrieren. Die Demonstration in Siegburg beginnt um 10:00 Uhr und endet gegen ca. 11:00 Uhr mit einer Kundgebung, auf der auch ver.di Verhandlungsführerin Sylvia Bühler sprechen wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fordern ein Ende des Stellenabbaus, die Abschaffung der 24-Stunden-„non-stop“-Dienste und eine attraktive Bezahlung für die qualifizierten Beschäftigten.

Hintergrund der Auseinandersetzung: Seit Mai 2004 gibt es für die Beschäftigten im Klinikum Siegburg einen Lohn- und Gehaltsstopp. Der Tarifvertrag wurde zum Jahresende 2004 gekündigt. Neue Kolleginnen und Kollegen werden seitdem wesentlich schlechter bezahlt und müssen länger arbeiten. In weniger als zwei Jahren wurden zehn Prozent der Stellen abgebaut. Die Betreibergesellschaft des Krankenhauses, die zum Fresenius-Konzern gehört, hat sich durch ungünstige Verträge mit der Stadt Siegburg und verschiedenen Service-Unternehmen in eine finanzielle Zwangslage gebracht. Sie strebt deshalb weiteren Personal- und Lohnabbau an. Dabei erzielt der Fresenius-Konzern insgesamt hohe Gewinne (ca. acht Milliarden Euro Umsatz und ca. eine Milliarde Euro Gewinn im Jahr 2005). Zum 1. Januar 2006 erwarb Fresenius einen kompletten Krankenhauskonzern mit 18 Kliniken für 1,5 Milliarden. Euro.

Informationen: [monika.bornholdt@verdi.de](mailto:monika.bornholdt@verdi.de)

## Weitere Informationen

### **Vorschulerziehung beste Zukunftsinvestition**

ver.di begrüßt die Koalitionsdebatte um die Finanzierung der Kinderbetreuungskosten. „Eine gute Vorschulerziehung ist die beste Zukunftsinvestition überhaupt“, betonte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Sie fördere Kinder in dem Entwicklungsabschnitt, in dem sie das Lernen lernten. Um Chancengleichheit zu gewährleisten, sei es daher wichtig, dass gerade in dieser Entwicklungsphase alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gleiche Zugänge zur Förderung erhielten. Auch die Forderung nach einem Ausbau der Ganztagsbetreuung werde von ver.di unterstützt.

Bsirske griff den Vorschlag des Bundeselternbeirates auf, Mittel für gebührenfreie Kindergartenplätze bereit zu stellen. Nur durch gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote für Haushalte mit niedrigem Einkommen könne man der Gefahr begegnen, dass manche Eltern auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten an der Förderung der Kleinsten sparten.

Für steuerpflichtige Haushalte sei es besser, die Betreuungskosten ab dem ersten Euro und nicht erst ab 1.000 Euro absetzen zu können. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen blieben sonst von der Förderung ausgeschlossen. „Solange die Betreuung von Kindern aus kleinen Verhältnissen nicht durchgängig gefördert wird, kann man nicht gut Zuschüsse für Ballett- oder Reitstunden verteilen“, so Bsirske. Die für die Finanzierung zuständigen Länder sollten laut Bsirske die erforderlichen Mittel durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer aufbringen. Gleichzeitig forderte er den Bund auf, gemeinsam mit den Ländern den Weg dafür frei zu machen.

### **DGB NRW kritisiert Kürzung der Weiterbildungsmittel Bildungsschecks kein Ersatz**

Der DGB Bezirksvorsitzende Walter Haas hat Planungen der Landesregierung kritisiert, wonach die Weiterbildungsförderung im Landeshaushalt 2006 um weitere fünf Prozent gekürzt werden soll. „Wir sehen in dieser Absicht den Bruch der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP, wonach die Koalitionspartner eine verlässliche Grundförderung des Landes gewährleisten wollten.“ Die CDU-Landtagsfraktion habe vor nicht einmal einem Jahr in einem Antrag gefordert, dass die von der damaligen Landesregierung veranlasste 15prozentige Kürzung der Weiterbildungsförderung zurückzunehmen und die Förderung wieder auf das Niveau des Jahres 2000 aufzustocken sei.

„Die Einschnitte im Bereich der Weiterbildungsförderung werden gravierende Konsequenzen haben“, warnte Haas. So könnten Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten oder auch das Nachholen des Schulabschlusses nicht mehr in dem Umfang angeboten werden wie vorher. Auch die von Minister Laumann vorgestellten Weiterbildungsschecks könnten weder materiell noch inhaltlich die Kürzung des Weiterbildungsetats ausgleichen.

Der Förderbetrag lag vor den Kürzungen bei über 120 Millionen Euro. Nach dem aktuellen Haushaltsansatz sind nur noch rund 96 Millionen Euro vorgesehen. Für die Bildungsschecks werden 12,6 Millionen Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt. Unklar ist, ob die Mittel in entsprechendem Umfang abgerufen werden, weil niemand weiß, ob sich genügend Teilnehmer finden, die den Eigenanteil finanzieren können.

### **Erste Kita mit flexiblen Betreuungszeiten startet in Gelsenkirchen**

Flexible Betreuungszeiten bietet ab dem 1. Februar das Kinderhaus Rasselbande in Gelsenkirchen-Buer an. Die ehemalige städtische Tageseinrichtung, die jetzt von einer gemeinnützigen GmbH betrieben wird, ist von 7.30 bis 20 Uhr geöffnet.

Die Eltern können ihre Kinder nach Bedarf bringen, statt eines fixen Beitrags zahlen sie stundenweise für die Betreuung. In einem ersten Schritt werden dort 20 Plätze für unter dreijährige Kinder geschaffen, durch Platz-Sharing können so 35 Familien versorgt werden. (idr)

### **IAT warnt vor Kombilohn-Modellen: Schon jetzt arbeiten 20 Prozent im Niedriglohnbereich**

Schon jetzt arbeiten in Deutschland mehr als 20 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich - auch ohne staatlich finanzierten Kombilohn. Das ist das Ergebnis einer Studie des Gelsenkirchener Instituts Arbeit und Technik (IAT), das in seine Analyse auch Teilzeitbeschäftigte und Minijobber mit einbezieht. Die Niedriglohngrenze liegt in Westdeutschland bei 9,58 Euro je Stunde, in Ostdeutschland bei 6,97 Euro.

Besonders verbreitet sind Niedriglöhne für geringfügig Beschäftigte (78,9 Prozent), Menschen ohne Berufsausbildung (47,2 Prozent) und Frauen (30,2 Prozent). Knapp die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten arbeitet für so genannte "Armutslöhne", also für weniger als die Hälfte der Niedriglohngrenze. Die Einführung genereller Kombilohn-Modelle hätte zur Folge, dass Millionen bereits bestehender Arbeitsplätze gefördert werden müssten. Ohne Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns, so das IAT, werde für den Staat ein "Fass ohne Boden" aufgemacht. (idr)

KIK-Herausgeber: Abteilung Kommunikation.  
Redaktion: Günter Isemeyer, Jörg Versteegen, Telefon: 0211/61824-115,  
Fax: 0211/61824-460; email: redaktion.nrw@verdi.de